

Rats-Update Nr. 23

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 24. Februar 2025

Auf der Tagesordnung der ersten Ratssitzung nach der relativ langen Winterpause standen überraschenderweise nur 57 öffentliche und 9 nicht-öffentliche Beratungspunkte, die die Ratsmitglieder zu besprechen und zu beschließen hatten. In den vergangenen Jahren hatte sich diese Zahl stets um die 100 Tagesordnungspunkte eingependelt. Insofern erwarteten die Teilnehmer eine verhältnismäßig kurze Sitzung.

Schweigeminute für die Getöteten des Ukraine-Kriegs

Da es sich am 24. Februar um den dritten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine handelte, sprach Oberbürgermeister Sören Link vor Eintritt in die Tagesordnung einige Worte zu diesem Thema. Er bekräftigte, dass die Geflüchteten, die nach Duisburg gekommen sind, weiterhin auf die Unterstützung der Stadt setzen könnten. Des Weiteren erläuterte er, dass ihm die Annäherung zwischen den USA und Russland, ohne Beteiligung der EU und der Ukraine, Sorgen bereite. Anschließend legten die Ratsmitglieder eine Schweigeminute für die Getöteten des Krieges ein.

Urkunden für Ratspatenkinder

In den vergangenen sechs Monaten durften einige interessierte Schülerinnen und Schüler die Ratsfraktionen bei ihrer Arbeit begleiten. Der „Jugendring Duisburg“ hatte dieses Projekt organisiert, welches mit dieser Ratssitzung endete. Zur Erinnerung überreichte der Oberbürgermeister den sechs teilnehmenden Schülerinnen und Schülern eine Urkunde.

Anfragen in die Ausschüsse verwiesen

Auf der Tagesordnung befanden sich neun Anfragen verschiedener Ratsfraktionen zu unterschiedlichen Themenkreisen. Wie inzwischen üblich, beantragten SPD und CDU zu Beginn der Sitzung, diese Anfragen nicht im Rat zu behandeln, sondern in die jeweiligen Fachausschüsse zu verweisen. Das spart dem Rat zwar Zeit, allerdings findet die Beantwortung und die weitere Beratung in den Fachausschüssen dann ohne Livestream-Übertragung im Internet und ohne Presse statt.

Die Ratsmitglieder haben dieses Thema in den vergangenen Jahren schon so oft diskutiert, dass inzwischen keine „Gegenwehr“ mehr stattfindet, wenn die beiden großen Fraktionen ihren Antrag auf Überweisung aller Anfragen stellen.

Wirtschaftspläne, Sonderzuschüsse und Bebauungspläne

Im Verlauf der weiteren Ratssitzung gab es kaum streitige Themen. Es standen die üblichen Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften und/oder notwendige Sonderzuschüsse für einige Gesellschaften (wie z.B. dem Revierpark Mattlerbusch oder dem Wilhelm Lehmbruck Museum) an. Auch bei den vorliegenden Bebauungsplänen gab es keine Diskussionen oder Gegenstimmen. Dementsprechend folgten die Ratsmitglieder einem relativ ruhigen und zügigen Sitzungsverlauf mit meist einstimmigen Beschlüssen.

Unterstützung des „brotZeit-Projektes“

Das Projekt „brotZeit“ wurde 2009 von der Schauspielerin Uschi Glas und anderen Prominenten gegründet. Ziel ist es, jedem Kind ein kostenloses Frühstück in der Schule zu ermöglichen. Engagierte Seniorinnen bereiten jeden Morgen ein nahrhaftes Frühstücksbuffet für die Kinder vor. Diese Idee wird bereits in 430 Grund- und Förderschulen in ganz Deutschland umgesetzt. Seit 2013 auch in 21 Duisburger Schulen.

Der Verein „brotZeit e.V.“ arbeitet mit dem Discounter Lidl zusammen, der kostenlos die nötigen Lebensmittel zur Verfügung stellt. Die benötigten Räumlichkeiten und die notwendige Ausstattung kommt von den Schulen selbst (also von der Stadt).

Die relativ kleine Aufwandsentschädigung für die Senioren, in Höhe von 7,- Euro pro Stunde, wurde bisher aus Landesmitteln gezahlt. Ab 2025 fordert das Ministerium für Schule und Bildung jedoch einen Zuschuss der Städte von 3.000,- Euro pro Schule.

Aus Sicht der Stadt wäre es wünschenswert, wenn weitere 10 Duisburger Schulen von dieser Hilfe profitieren könnten, somit wären es 31 Grund- und Förderschulen in Duisburg (alle mit einem relativ niedrigen Sozial-Index). Die dafür erforderlichen Kosten würden dann jährlich 93.000,- Euro für die Stadt betragen. Der Duisburger Stadtrat begrüßte das Projekt und beschloss einstimmig, die 93.000,- Euro dafür bereit zu stellen.

Flexible Busbeschaffung der DVG

Der Rat hatte 2022 beschlossen, dass die DVG bis zum Jahr 2030 insgesamt 100 Busse mit Wasserstoff-Technik anschaffen soll. Dieser Beschluss beruhte auf der Annahme, dass Förderprogramme für die Beschaffung von Bussen mit alternativen Antriebsarten (von Land und Bund) beibehalten werden und auch der Ausbau der erforderlichen Wasserstoff-Infrastruktur vorangetrieben wird. 25 Busse sind bereits nach Duisburg geliefert worden.

Allerdings wurden alle staatlichen Förderprogramme vorerst eingestellt, so dass die DVG jetzt darum bat, den Kauf von weiteren Bussen in den kommenden Jahren flexibel gestalten zu dürfen. Dazu erklärte die DVG, dass es notwendig sein könne, dass deshalb auch Diesel-Busse (mit HVO-fähiger Motorentechnologie) angeschafft werden müssen, wenn in den kommenden Jahren keine neuen Förderprogramme aufgelegt werden.

Allein dieser Hinweis veranlasste die Grünen, gegen diesen Beschluss zu stimmen. Die Fraktionsvorsitzende begründete langatmig, dass man nicht grundsätzlich gegen alternative Antriebstechnologien sei, sondern nur in diesem speziellen Fall, da Busse mit Dieselmotoren nicht ausgeschlossen würden.

Die SPD lobte, dass bereits 25 Busse bestellt wurden, die bald zum Einsatz kommen werden. Daraufhin fragte ein Ratsherr der BSW, ob es denn für (nur) 25 Wasserstoff-Busse noch Sinn mache, die von der DVG geplante Wasserstoff-Tankstellen-Infrastruktur aufzubauen. Die AfD sah sich „in ihrer Voraussicht“ bestätigt, da sie bereits den Kauf der 100 Busse kritisiert hatte.

Letztendlich stimmten nur Grüne und Linke gegen den Beschluss, BSW und Tierschutz/DAL enthielten sich der Stimme. Alle anderen Fraktionen erkannten die Notwendigkeit, flexibel auf Markt und Förderprogramme reagieren zu können und stimmten dem Wunsch der DVG zu.

Verkaufsoffene Sonntage

Mehrheitlich beschloss der Stadtrat die Durchführung von 10 verkaufsoffenen Sonntagen im gesamten Duisburger Stadtgebiet, die alle an ein Fest oder an eine Traditionsveranstaltung gebunden sind (laut Gesetz sogar daran gebunden sein müssen).

Zur „Entscheidungsfindung“ werden auch immer verschiedene Organisationen zur Stellungnahme aufgefordert, die den Ratsmitgliedern bekanntgegeben werden. Demnach lehnt Ver.di alle verkaufsoffenen Sonntage grundsätzlich ab. Aus Sicht des Hauses der Unternehmer sowie der Industrie- und Handelskammer bestehen keine Bedenken. Auch der evangelische Kirchenkreis spricht sich dagegen aus, da *„nach biblischer Tradition der Sonntag ein freier Tag für alle Menschen“* sei.

Die Fraktionen der Grünen, des BSW und der Linken lehnten den gesamten Antrag des Handelsverbandes (und somit alle 10 verkaufsoffenen Sonntage) ab. Alle anderen Fraktionen stimmten zu, so dass die Bürgerinnen und Bürger sich auch 2025 wieder auf festliche und verkaufsoffene Sonntage freuen können.

Flächennutzungsplan-Neuaufstellung

Jede Stadt muss „von Zeit zu Zeit“ einen grundsätzlichen Plan erstellen, in dem gekennzeichnet wird, welche städtischen Flächen aktuell und zukünftig für die Bereiche Wohnen, Gewerbe, Industrie, sowie Grünflächen und Schutzgebiete bereitgestellt werden soll.

Dabei handelt es sich um den sogenannten Flächennutzungsplan, dessen Erarbeitung meist über mehrere Jahre hinweg erfolgt. Der bisherige städtische Flächennutzungsplan ist nach Aussage des zuständigen Dezernenten Martin Linne (SPD) fast 50 Jahre alt, so dass es *„Zeit für eine Neuaufstellung“* war. Weiterhin erklärte er, dass es sich um einen *„ausgewogenen Kompromiss“* handle, der Wohngebiete, Gewerbeflächen und Naturschutzgebiete in einem ausgeglichenem Verhältnis enthalte.

Erwartungsgemäß widersprachen die Grünen dieser These. Sie sahen im Plan deutlich zu wenige Grünflächen, zu wenige Landschaftsschutzgebiete und zu wenige Naturschutzgebiete. Die AfD sprach sich wegen der geplanten Bebauung des Rahmerbuschfeldes „symbolisch“ gegen den gesamten neuen Flächennutzungsplan aus.

Auch der planungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Rainer Weiß, sah keine vernunftgemäße Ausgewogenheit zwischen geplanter Wohnbebauung, möglichen Gewerbeansiedlungen und städtischem Grün. Da die Stadt jedoch nur noch relativ wenige Flächen hat, die sich im städtischen Besitz befinden und zudem frei zur Verfügung stehen, erkannte er den notwendigen Kompromiss der Stadtverwaltung (teilweise) an und empfahl der FDP-Ratsfraktion eine Stimmenthaltung. Letztendlich stimmten SPD und CDU für den neuen Flächennutzungsplan. AfD, BSW und Linke stimmten dagegen, FDP, Grüne und Tierschutz/DAL enthielten sich der Stimme.

Ethische Grundsätze für die Ratsarbeit

Bereits in der letzten Ratssitzung stand ein nahezu gleichlautender Antrag auf der Tagesordnung. Damals von SPD, CDU, JuDu und BSW. Diesmal waren es die gleichen Antragsteller, nur ohne JuDu.

In ihrem Antrag wurde die Stadtverwaltung gebeten, ethische Grundsätze für die Arbeit im Rat zu entwickeln. Dabei solle es um „*die Stärkung des respektvollen Miteinanders in der gemeinsamen Ratsarbeit*“ gehen. Zudem um den „*Schutz der demokratischen Grundwerte gegen jede Form von Extremismus*“ und um den „*Konsens gegen Rechts*“, den der Rat schon zu Beginn der Legislaturperiode beschlossen hat. Der Oberbürgermeister ergänzte, dass er sich bei der Entwicklung der ethischen Grundsätze an anderen Städten orientieren werde, die bereits Ähnliches beschlossen hätten.

Die Grünen erklärten, dass der Rat sich „*sehr klein mache*“, wenn derartige Dinge nicht aus der Politik selbst kämen, sondern von der Verwaltung entwickelt werden sollen. Die CDU wehrte sich gegen diesen Vorwurf, indem sie erklärte, dass der Rat ja am Ende die Entscheidung treffen werde. Die AfD befand, dass das Ansinnen bereits in der Geschäftsordnung des Rates geregelt sei.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies unterstellte, dass jedes Mitglied des Duisburger Stadtrates einen ethisch-moralischen Kompass besitze. Zudem kämen noch zahlreiche gesetzliche Regelungen, Geschäftsordnungen sowie interne und externe Vorschriften. Somit sei der gestellte Antrag im Grunde obsolet. Dementsprechend stimmten FDP, Grüne und AfD gegen diesen Antrag. SPD, CDU, BSW und JuDu stimmten mehrheitlich zu.

Bereits um 16:45 Uhr konnte der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung beenden

Es folgte eine kurze nicht-öffentliche Sitzung, so dass die Ratsmitglieder zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode bereits um 17:00 Uhr die Mercatorhalle verlassen konnten.

Die nächste Ratssitzung ist für den 7. April 2025 geplant. Danach informieren wir Sie gerne wieder über interessanteste Themen aus Sicht der Liberalen. Bis dahin wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies**, **Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters

FDP-Fraktionsgeschäftsführer